

TRIBÜNE

Europa soll seine Vielfalt wahren

Gastkommentar

von BRUNO S. FREY

Die neue amerikanische Regierung, die vorwiegend oder gar ausschliesslich ihre eigenen, kurzfristigen Interessen verfolgt, wird die Europäer mit grossen Problemen konfrontieren. Dabei sind zwei Aspekte zu unterscheiden: Das politische und gesellschaftliche Überleben Europas hängt von seiner militärischen Abwehrfähigkeit gegenüber Aggressionen von aussen ab, zu der die einzelnen Nationen mehr beitragen müssen. Darüber hinaus geht es auch um das Selbstverständnis Europas, das in mannigfacher Hinsicht entscheidend durch dessen Vielfalt gekennzeichnet ist.

Zwischen militärischer Verteidigung und Bewahrung der für Europa essenziellen Diversität scheint ein Widerspruch zu bestehen. Eine gemeinsam organisierte Verteidigung schränkt die Vielfalt ein, weil damit meist eine Entwicklung zu einem europäischen Zentralstaat verbunden wird. Viele Politiker, wie etwa der neue SPD-Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers, Martin Schulz, sehen nur die Möglichkeit einer «immer engeren Verbindung» europäischer Staaten. Die Lösung wird folglich in einem Einheitsstaat der EU gesehen. Ohne Bedenken wird dabei die Vielfalt Europas geopfert.

Die beiden Aspekte lassen sich jedoch miteinander vereinigen, wenn man sich von den obrigkeitstaatlichen Vorstellungen vieler Politiker löst. Die meisten von ihnen nehmen automatisch an, dass ein grösseres Problem nur durch einen Zentralstaat bewältigt werden kann. Diese Tendenz hat sich zum Beispiel bei den Umweltproblemen gezeigt, deren Lösung in fast allen Ländern (auch in der Schweiz) massgeblich dem Zentralstaat überantwortet wurde. Es ist jedoch offensichtlich, dass viele Umweltprobleme sehr wohl auf lokaler Ebene erfolgreich angegangen werden können.

Im Gegensatz zum Zentralstaat gibt es jedoch die Möglichkeit, politische Körperschaften einzurichten, die sich nach der Grösse der zu bewältigenden Probleme ausrichten. Ein Beispiel dafür sind sogenannte Functional, Overlapping and Competing Jurisdictions (FOCJ), also funktionale, überlappende und im Wettbewerb stehende politische Körperschaften. Ihre Ausdehnung bestimmt sich nach den zu erfüllenden Aufgaben, und dafür können sie ihre eigenen Steuern erheben. Diese flexibel einzurichtenden Jurisdiktionen unterscheiden sich von den Nationalstaaten, deren Grösse rein historisch bestimmt ist, zur Lösung vieler Aufgaben hingegen schlecht geeignet ist.

Verteidigung ist ein öffentliches Gut, das sich am effektivsten in einem grossen geografischen Raum erreichen lässt. Die bestehende Europäische Union ist dazu zu klein; sinnvoll ist sicherlich der Einbezug des Vereinigten Königreichs, Norwegens und der Schweiz sowie zumindest Kanadas und der USA (sofern das Land noch mitzuarbeiten bereit ist). Diese umfassende Verteidigungskörperschaft geht in mancherlei Weise weiter als die heutige Nato. Sie

umfasst jedoch nur die militärische Verteidigung, nicht aber andere Aspekte staatlichen Handelns.

Gleichzeitig können viele andere politische Körperschaften gebildet werden, die sich an den jeweiligen Sachproblemen orientieren und deshalb unterschiedliche geografische Ausdehnungen haben. Sie können die in den unterschiedlichen Gebieten und Funktionen bestehenden Aufgaben besser und schneller als die heutige Europäische Union lösen. Innerhalb Europas werden die Unterschiede hinsichtlich Sprachen, Geschichte, Mentalitäten, politischer Organisation und wirtschaftlicher Bedingungen multilokal gesichert.

Um Europa gegen militärische Aggression zu schützen, gleichzeitig aber die Diversität zu bewahren, muss man sich von den Ideen sowohl eines europäischen Einheitsstaates als auch abgeschotteter Nationalstaaten verabschieden. Vielmehr sollte die politische Organisation den Anforderungen der heutigen Zeit gerecht werden und entsprechend flexibel und lösungsorientiert sein, d. h. vielfältig und nicht einfältig.

Bruno S. Frey ist Ständiger Gastprofessor an der Universität Basel und Forschungsdirektor von Crema – Center for Research in Economics, Management and the Arts, Zürich.